

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Auszüge und für Auszüge die Postämter entgegen. — Erscheint wochentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Regelnummer für die Lebensversicherungsgesellschaft für Auszüge aus den am 1. März 1924 erlassenen, nach dem Gesetz vom 28. März 1924, die Lebensversicherungsgesellschaft für die Provinz Sachsen, am 1. März 1924.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 257

Dienstag, den 4. November 1924

19. Jahrgang

Der Reichsparteitag der Demokraten.

Scharfe Angriffe Kochs gegen Stresemann.

Berlin, 2. Nov. Im Sitzungssaal des Preussischen Landtages fand heute der außerordentliche Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei statt. Außer den Parteiführern Koch und Seifert waren u. a. noch der preussische Landwirtschaftsminister Dr. Wendorf, Graf Bernstorff und Oberbürgermeister Dr. Petersen anwesend. Reichsminister a. D. Koch gab zunächst einen eingehenden Bericht über die politische Lage und verteidigte die bisherige Politik der demokratischen Partei. Er betonte, daß die Ueberzeugung von der Wichtigkeit dieser Politik die zunächst sehr unpopulär gewesen sei, jetzt in allen Köpfen wachse.

Redner führte u. a. aus: Wir Demokraten sind mit aller Leidenschaft dafür eingetreten, daß das deutsche Volk von der demokratisch-republikanischen Staatsform durchdrungen wurde und daß heute immer mehr die Erkenntnis wächst, daß die Republik die einzig wahre Staatsform darstellt. Es ist ein Erfolg unserer Politik gewesen, daß sich diejenigen, die uns anheimgelassen bekämpften, die Deutschnationalen, zum Eintritt in die Regierung meldeten. Herr Stresemann meinte freilich damals die Deutschnationalen seien gar nicht so sehr böse, sie müßten nur „entgiftet“ werden. Dabei dachte Stresemann offenbar an die Operation, die zwei Jahre vorher an ihm selbst vollzogen worden ist. Mit wem hat denn Herr Stresemann über den Eintritt in die Regierung verhandelt, mit den 48 Tagelängern oder mit der Parteileitung, die den Dawes-Plan abgelehnt hat? Die Deutschnationalen Partei ist bekanntlich für das Gutachten, wenn es gilt, Ministerkessel zu erringen, aber dagegen, wenn es sich um Reichstagsbeschlüsse handelt. Mit solchen Leuten kann man keine Außenpolitik machen. Hätte Herr Marx im Reichstag die Kraft besessen, eine scharfe Politik der Mitte aufzusetzen, wer hätte wohl gewagt, ihn zu führen? (Weiß.) In Grundlosigkeit mit Herrn Stresemann zu wetteifern, lehnen wir ab. Herr Stresemanns wankelmütige Politik hat von 1918 bis 1924 Deutschland innenpolitisch von Katastrophe zu Katastrophe geführt. Die innere Gesundung eines Volkes ist dabei um Jahre verzögert worden. Möge sich Dr. Stresemann hüten, daß dies nicht auch in der Außenpolitik der Fall ist. Wir sind nicht, wie man uns vorgewirft, nach links gegangen und wir haben auch keine Anlehnungsbedürfnisse an die Sozialdemokratie gehabt. Wir halten an der Politik der Mitte fest.

Man schloß sich dann (außerlich) als Widerlegung der von den ausgeschiedenen Liberalen gegen die Parteileitung gerichteten Vorwürfe (eingeleitet) eine Grenzziehung gegen links. Was den verschonenden und gerade darum so perfiden Vorwurf des Pazifismus angeht, so erklärte Koch einen Pazifismus, der die Revision des Versailler Vertrages offen läßt, für durchaus vertretbar, ja für Pflicht jedes Europäers. Zu dem zweiten Vorwurf, die Partei treibe eine einseitige Konsumtenpolitik, bemerkte er, wirtschaftlich sei das Hauptziel der Partei, jedem Deutschen Arbeit zu verschaffen, was allerdings nicht möglich sei, solange man durch Hochschutzzölle der Schwerindustrie und dem Großagrariertum es ermöglicht, sich der allgemeinen deutschen Bekämpfung zu entziehen.

In der Diskussion sprachen die Vertreter des Volkstums im Ausland, Professor Katal-Prag, Dr. Herrmann-Langig und Pils-Saarbrücken, die alle der Hoffnung Ausdruck gaben, daß die jetzt abgetretenen Gebiete durch Entscheidung des Völkerbundes vereint würden. Frau Jahn verlangte im Namen der demokratischen Frauen scharfe Bekämpfung des Bürgerblods und eine feste Politik der Mitte. Des Weiteren beteiligte sich an der Aussprache Graf Bernstorff, der es bedauerte, daß einige Abgeordnete auf so eigentümliche Art die Partei verlassen hätten.

Reichswirtschaftsminister Hann begrüßte den Anfang der Verhandlung der Völker und der Gesundung und Befreiung der deutschen Wirtschaft und ging dann eingehend auf die Meinungsverschiedenheiten in der demokratischen Partei ein. Er schloß mit der Hoffnung auf Ueberbrückung aller Gegensätze in einer wahrhaft demokratischen Volksgemeinschaft.

Einstimmig angenommen wurde eine von Dr. Köhler-Berlin eingebrachte Entschließung, in der es u. a. heißt, der Parteitag erkenne nach eingehender Aussprache ausdrücklich an, daß der bewährte Weg der Mitte nicht von der Partei verlassen sei. Eine Politik der extremen Parteien müßte sowohl außen wie innenpolitisch unabsehbare verhängnisvolle Folgen haben. In dem von der Deutschen Volkspartei aufgeworbenen Wahlkampf kämpfte die demokratische Partei für entschiedene Durchführung einer demokratischen Außenpolitik, für die Freiheit des Reiches und des Rheins und für Großdeutschland, für die Sicherheit der deutschen Republik und für einen kraftvollen Liberalismus, der Klassen-, Rassen-, Rassen- und Standesgegensätze überwinde. Der Parteitag ruft alle Wähler und Freunde im Lande auf, in geschlossener Einheit und Tatkraft den Wahlkampf aufzunehmen.

Im Schlusswort stellt Dr. Schreiber-Halle, der Führer der demokratischen Fraktion im Preussischen Landtag, die Geschlossenheit und Einheit der Partei fest, die auf diesem Parteitag glänzend zum Ausdruck gekommen sei. Im Mittelpunkt der demokratischen Politik stehe der Gedanke der großen deutschen Einheit, darum Schutz der Weimarer Verfassung, die diese Einheit zum Ziele hat. Nützlich und wichtig ist ferner für die Partei der Kampf für das deutsche Recht. Wir erkennen den Frieden des Reiches und der Menschlichkeit. Nicht Maulheldentum, sondern Leistungen ist unsere Lösung. Das Befreiungswerk an Rhein und Ruhr wird um so eher gelingen, wenn wir eine starke Demokratie haben. Stärkung und Festigung der Demokratie müsse daher das Ziel des Wahlkampfes sein.

Eine Massenkundgebung im größten Saal Berlins, dem Sportpalast, der etwa 20 000 Menschen zu fassen vermag, gab auch den weitesten Kreisen der Berliner Bevölkerung Gelegenheit, ihre Treue zu den zukunftsweisenden Ideen der Demokratie und des Liberalismus zu bekunden.

Die künftige englische Außenpolitik.

London, 1. Nov. Sämtliche Morgenblätter bestätigen, daß der Außenminister im kommenden konservativen Kabinett Austen Chamberlain sein wird. Das Fortesquille wurde ihm von Baldwin bereits angeboten, und er hat es angenommen. Die Grundzüge, die in einer großen Rede dargelegt wurden, lauten: Engländer politische Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten bei der Lösung aller großen weltpolitischen und wirtschaftlichen Fragen, wie Abrüstung, Schiedsgerichtsbarkeit, Reform des Völkerbundes, interalliierte Schulden und endgültige Liquidation der Reparationsfrage, Fernhaltung von jeder irritierenden Einmischung, Verminderung der Reibflächen im Nachkriegs-Europa und Verhinderung gefährlicher Machtverschiebungen.

In der Sicherungsfrage würde England bereit sein, Frankreich und Belgien gegen einen unbeschränkten Angriff in Westeuropa zu schützen, doch müßte Deutschland, das loyal den Friedensvertrag erfüllt und seine Abrüstung ehrlich durchgeführt habe, die Grenzen garantiert werden, die es im Vertrag von Versailles erhalten habe. Die demokratische „S. J.“ macht folgende Bemerkungen dazu: Es gäbe kein deutsches Gebiet, das nicht ehrlicher über die Wahl des konservativen Ministerpräsidenten erfreut sein könnte, als das Rheinland, denn Austen Chamberlain, der in Deutschland dotiert hat, gehöre zu den wenigen englischen Politikern, die auf Grund einer umfassenden und volkpsychologischen Bildung wissen, was das Rheinland für die deutsche Kultur und die seelische Verfassung

des deutschen Volkes bedeute, und der als Staatsmann daher aus diesen Erfahrungen den Schluß gezogen hat, daß nichts gefährlicher für den Frieden Europas ist, als eine Lockerung oder eine Untergrabung der Jugendsolidität des Rheinlandes zu Deutschland.

Aus den Londoner Informationen geht hervor, daß die Außenpolitik der konservativen Regierung von der äußeren Politik Macdonalds nicht sehr verschieden sein wird. Der gewöhnlich gut unterrichtete Mitarbeiter des „Zeit Parisien“ in London hat sich informiert. Er erklärt, daß die neue englische Regierung auf die „freundschaftliche Zusammenarbeit mit Frankreich“ Wert lege und die Interessengemeinschaft beider Allierter Welter auf vielen Gebieten anerkenne. Das Londoner Abkommen werde zweifellos so angenommen, wie es vorliegt. Da die Organisation des Dawes-Planes bereits begonnen habe, könne keine Rede davon sein, darauf einzugehen. Die Anerkennung des Genfer Protokolls werde zum größten Teil von der Meinung der Dominions abhängen. Aber auch die neuen Minister des Krieges und der Marine würden in dieser Hinsicht mitzureden haben. Der Vertrag mit Sowjetrußland werde nicht ratifiziert werden. Aber es bestehe die Absicht, die diplomatischen Beziehungen mit Rußland weiter zu erhalten und die Verhandlungen auf anderer Grundlage aufzunehmen. Im Orient solle keine imperialistische Juxtaposition, sondern Beruhigung gesucht werden. Man denke hier an eine Verständigung mit Frankreich, die beim Ausgleich der Differenzen nützlich sein könnte.

Neuwahl des Reichspräsidenten.

Berlin, 1. November (Wahlbildung unserer Berliner Vertreter.) In den politischen Kreisen verläutet, daß die Neuwahl des Reichspräsidenten spätestens im Mai nächsten Jahres vorgenommen wird. Die verlängerte Amtsdauer des Reichspräsidenten Ebert läuft am 30. Juni 1925 endgültig ab und dürfte unter keinen Umständen abermals verlängert werden. In den Kreisen der bürgerlichen Parteien wünscht man, daß schon jetzt ein gemeinsamer bürgerlicher Kandidat in Aussicht genommen wird, der gegebenenfalls einem sozialistischen Kandidaten gegenüberzutreten sein wird. Die Sozialdemokraten wollen jedoch, wie wir zuverlässig erfahren, von der Aufstellung eines eigenen Kandidaten absehen und wollen die Demokraten veranlassen, eine linksgerichtete Persönlichkeit vorzuschlagen, die von allen republikanischen Wählerkreisen gewählt werden könnte. Da die Erhebungen darüber sich noch im Anfangsstadium befinden, läßt sich über die Aussichten der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen noch nichts sagen. Von wesentlicher Bedeutung ist jedenfalls die Frage, ob sich die bürgerlichen Parteien von den Deutschnationalen bis zum Zentrum auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen werden, da sonst die Gefahr besteht, daß die Linksparteien ihren Kandidaten durchbringen werden.

Die geplante Ermäßigung der Steuerlätze.

Ein weiteres Schritt der Verbilligungsaktion. Die seit einigen Tagen (strebenden Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzministerium und den Finanzministern der Länder sind, wie gemeldet, auf den kommenden Dienstag vertagt worden. Die Durchberatungen der einzelnen Vorschläge denjenigen naturgemäß eingehendes Studium, so daß die endgültige Entscheidung, die das Reichskabinett im Anschluß an diese Beratungen treffen wird, vor Mittwoch nicht zu erwarten ist. Wie aus dem Reichsfinanzministerium verlautet, sind verschiedene in der Presse erschienene Angaben über die Projekte der Regierung schon deshalb nicht richtig, weil die einzelnen Sätze, um welche die betreffenden Steuern ermäßigt werden sollen, noch gar nicht feststehen. Auch die Nachricht, wonach sich die Reichsregierung zu dieser Aktion entschlossen habe, weil die Steuererträge etwa doppelt so hoch seien, als im Voranschlag angenommen wurde, sind vollständig unrichtig. Die Finanzlage des Reiches gibt noch wie vor zu keinerlei Optimismus Anlaß. Der Schritt, den die Reichsregierung zur Herabsetzung der Steuerlätze gegenwärtig unternimmt, ist lediglich aus dem Bestreben heraus entstanden, angelegentlich des bevorstehenden Winters ein weiteres Fortschreiten der Teuerung unter allen Umständen zu verhindern. Die Regierung will insbesondere den jüngsten Lohnforderungen einzelner Arbeiter und Beamtenorganisationen dadurch begegnen, daß sie einestells durch eine Ermäßigung der Einkommensteuer, andererseits durch Herabsetzung der auf Handel und Industrie schwer lastenden Umsatz- und Verkehrssteuern eine Verbilligung des notwendigen Lebensbedarfes herbeiführen will. Die Regierung ist jedenfalls, mit Unterstützung der Länderregierungen, fest entschlossen, diese von ihr geplante Verbilligungsaktion ganz energisch durchzuführen.

Zu den Beratungen der Finanzminister über die Steuerreform formuliert die „Frankfurter Zeitung“ die demokratischen Wünsche in folgender Weise: „Die Reichseinnahmen an Steuern und Zöllen haben in den ersten bereits 61 v. D. der geschätzten Jahreseinnahmen erbracht.“

Wenn trotz Darniederliegens der Wirtschaft derartige, das erwartete Soll erheblich übersteigende Steuereingänge zu verzeichnen sind, so liegt zweifellos eine starke Ueberpannung der Steuerkraft vor. Das gilt insbesondere auch für die Einkommensteuern. In Wirklichkeit haben wir augenblicklich eine Einkommensteuer nur für die der Lohnsteuer unterliegenden Einkommen bezügl. Alle anderen Einkommensteuerleistungen sind lediglich als Einkommensteuer versteuerte Umsatzeinnahmen. Denn die für 1924 zu leistenden Einkommensteuervorauszahlungen von Handel, Industrie und Gewerbe stützen sich auf die Umsatzeinnahmen, die der Landwirtschaft auf Vermögenswerten. Das hat zur Folge, daß nicht nur wer verdient, also wirklich Einkommen aufzuweisen hat, Einkommensteuer zahlt, sondern auch, wer nichts verdient oder gar zu Verlustpreisen verkaufen muß.

Was jetzt auf Steuerreformierendes Gebiet geschoben kann, ist noch der große Umbau unseres Steuersystems, wie er einmal kommen muß. Wir müssen uns noch für einige Zeit mit vernünftigen Teillösungen behelfen. Am so gefährlicher wäre es aber dann, wenn schon vorher ein Finanzausgleich auf Basis der von den Ländern und Gemeinden vertretenen Forderungen herbeigeführt würde. Abgesehen davon, daß im Interesse einheitlicher Lastenverteilung und eines einheitlichen deutschen Steuerrechts auf diesem Gebiet allseitige Vorläufe am Platz

he
10 cm 2.00
Qual.,
180 cm 3.00
erware
150 cm 5.00
ner,
Motor 2.00
nd
50 cm 95.00
abruch
3.15, 4.00
8.00
14.50
40.00
2.80
7.00
11.50
he
56.00
65.00
95.00
1.10
1.15
1.45
2.45
40.00
38.00
55.00
80.00
95.00
30.00
45.00
90.00
15.00
he
1.85
1.05
2.05
4.20
9.75
14.50
3.50
19.50
ilung
9.00